

**Christian Degener**

Pressesprecher

**Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Telefon +49 (0) 511/3030-4403

Telefax +49 (0) 511/3030-4880

[christian.degener@lt.niedersachsen.de](mailto:christian.degener@lt.niedersachsen.de)

[www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)

Sparkasse Hannover

Konto-Nr. 900 363 100

10. August 2011

## **DIE LINKE: Wirtschaftsminister Bode und Oberbürgermeister Stefan Weil müssen sich für Erhalt der Arbeitsplätze bei E.ON einsetzen**

**Hannover.** Angesichts des drohenden Abbaus von 1.000 Arbeitsplätzen bei E.ON in Hannover haben die Linksfraktionen im Landtag und im Rat der Stadt die Leitung des E.ON-Konzerns aufgefordert, Strukturveränderungen im Unternehmen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszutragen. „Die Konzernleitung muss ihre Erwägung zurücknehmen, betriebsbedingte Kündigungen ab dem Jahr 2013 auszusprechen“, sagten Ursula Weisser-Roelle, wirtschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Landtags-Linken, und Oliver Förste, Vorsitzender der LINKEN im Rat.

Weisser-Roelle forderte Niedersachsens Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) auf, sich bei der Konzernleitung für den Erhalt des E.ON- Standorts Hannover und der Arbeitsplätze einzusetzen. „Die Standort- und Arbeitsplatzsicherung ist das Kerngeschäft des Ministers und müsste eigentlich ganz oben auf seiner Agenda stehen. Stattdessen schwadroniert Bode über steuerpolitisch und ökologisch unsinnige Pläne zur Kraftfahrzeugsteuer, die nicht einmal bei seinem Parteilfreund und Bundesvorsitzenden Dr. Philipp Rösler Anklang finden“, so Weisser-Roelle. „Es wäre ein schwerer Schlag für den Wirtschaftsstandort Hannover und die dort Beschäftigten, wenn die E.ON AG die Zentrale auf dem Mühlenberg tatsächlich schließen würde. Ich erwarte von Oberbürgermeister Stefan Weil und Wirtschaftsdezernent Hans Mönninghoff, dass sie sofort tätig werden und sich für den Erhalt der Arbeitsplätze in Hannover einsetzen“, sagte Förste. Weisser-Roelle wies darauf hin, dass es im Rahmen der Energiewende neue Anforderungen in der Wirtschaftsförderung gebe. „Aus dem Hause Bode hört man dazu jedoch gar nichts.“